

Der Kleinstaat und die Ideologie des Grossräumigen

„Schweizerzeit“-Herbsttagung 2000
Samstag, 4. November 2000
in der Worbighalle Flaach/ZH

Nationalrat Christoph Mörgeli (Üriikon-Stäfa)

Gross gegen Klein in der EU

Überaus zurückhaltend kommentierten unsere Medien das zweitägige EU-Gipfeltreffen in Biarritz von Mitte Oktober des Jahres 2000. Wenn diese Konferenz *eine* Tatsache mit aller Deutlichkeit gezeigt hat, dann ist es die: Kleine und grosse Mitgliedstaaten der Europäischen Union befinden sich gegenwärtig auf vollem, direktem Konfrontationskurs. In Biarritz entbrannte ein erstaunlich undiplomatischer Streit über die Macht und den Einfluss in Europa; die Streithähne waren auf der einen Seite die fünf Grossstaaten Deutschland, Frankreich, Grossbritannien, Italien und Spanien, auf der andern Seite die zehn Kleinstaaten, die der EU angehören. Es geht darum, ob künftig noch jedes Land in der wichtigen EU-Kommission vertreten sein soll oder nicht. Die „Grossen“ wollen die EU-Kommission nicht mehr mit jeder Erweiterungsrunde wachsen lassen. Die französische Ratspräsidentschaft reagierte äusserst ruppig auf die Bedenken der „Kleinen“. Jacques Charac und Lionel Jospin sollen die Vertreter der kleineren Länder herausfordernd gefragt haben, wem die EU mehr Vorteile bringe und ob sie glaubten, Clinton oder Arafat würden mit ihnen von Gleich zu Gleich reden, wenn sie nicht die mächtige EU im Rücken hätten. Kein Wunder, sah sich die französische Präsidentschaft dem Vorwurf ausgesetzt, sie missbrauche ihre Position zur Durchsetzung ihrer Anliegen und generell zugunsten denen der europäischen Grossstaaten.¹

Schon im neulich gegen aussen beigelegten, für die EU wenig rühmlichen Konflikt mit dem neutralen Kleinstaat Österreich ist diese Problematik voll aufgebrochen. Bei den kleineren Ländern der EU und vor allem auch in der Schweiz ist die ernüchternde Erkenntnis zurückgeblieben, dass Grosse und Kleine mit höchst ungleichen Ellen gemessen werden. Oft wird die Europäische Union als Familie betrachtet, und ein solches Bild ist nicht einmal falsch. Realistische Betrachter sehen es allerdings mit andern Augen als diejenigen, welche die Brüsseler Organisation als reines Familienidyll bengalisch beleuchten. Die Wirklichkeit in einer Familie besteht eben oft auch darin, dass die Kleinen zu schweigen haben, wenn sich die Grossen unterhalten, und dass die Kleinen keineswegs gleichberechtigt am Tisch der Grossen mitspeisen, sondern sich mit einem bescheidenen Plätzchen am Kindertisch – um nicht zu sagen, am „Katzentisch“ – abfinden müssen. Meine Damen und Herren, Sie sehen, wir befinden uns mitten in der für unser Land so entscheidenden Thematik der heutigen „Schweizerzeit“-Tagung: „Der Kleinstaat und die Ideologie des Grossräumigen.“

¹ „NZZ“, 12. 10. 2000. Vgl. auch „Landbote“, 16.10.2000.

Hat der Kleinstaat ein Lebensrecht?

Der liberale Patriot Karl Schmid hat richtig erkannt: Für Angehörige eines Kleinstaates ist das Bedürfnis, sich geistige Konturen zu geben und sich zu rechtfertigen, zweifellos grösser als bei jenen Nationen, deren Lebensrecht und Daseinsmöglichkeit allein wegen ihrer Grösse kaum in Frage gestellt ist. Während Grossstaaten noch lange überdauern, auch wenn sich ihre Staatsidee längst überlebt hat, bedarf unser Kleinstaat einer tragfähigen Staatsidee. Denn es einigt uns ja weder eine gemeinsame Sprache noch eine gemeinsame ethnische Herkunft, weder ein Herrscherhaus noch eine spektakuläre Politik. Daher ist das dauernde Bemühen der Schweiz um das Bewusstsein ihrer selbst notwendig, und solches Nachdenken zeugt nicht von Schwäche, sondern im Gegenteil von Lebenswillen.² Neben der gemeinsam durchlebten Geschichte verbindet uns als Nation das einigende Band des demokratischen Prinzips, der sprachlich-kulturellen Vielfalt, der Neutralität und seit Jahrhunderten der Kleinstaatlichkeit als Gegenkonzept zu grossstaatlichen europäischen Tendenzen. Diese Kleinstaatlichkeit ist keine Idee, sondern eine blosse Tatsache, eine Gegebenheit, die wir nicht verändern können und hinzunehmen haben.

Die genannten Faktoren, welche die Schweiz ausmachen, waren im 20. Jahrhundert nicht wenigen Bedrohungen ausgesetzt. Im Ersten Weltkrieg erschienen Neutralität, Multikulturalität und direkte Demokratie besonders gefährdet. Die Zwischenkriegszeit brachte eine eigentliche Blütezeit des kleinstaatlichen Gedankens und der Demokratie, während angesichts des in Genf residierenden Völkerbundes die Neutralität eher als Hindernis erschien. Faschismus und Nationalsozialismus bedrohten indessen alles, was die Schweiz ausmacht: die Demokratie ebenso wie den Föderalismus und die Kleinstaatlichkeit. Die Isolierung der Schweiz im sogenannten „Neuen Europa“ war fast vollständig; und trotzdem oder gerade deswegen zerbrach der Kleinstaat nicht, sondern gewann im Gegenteil an Zusammenhalt.

In der Nachkriegszeit erwies sich die Schweizer Kleinstaatlichkeit als relativ unangefochten, denn die Gruppe der Kleinstaaten wurde immer grösser, da solche im Zuge der Entkolonialisierung vornehmlich in Afrika und Asien wie Pilze aus dem Boden schossen. Weniger unbeschadet durchstand indessen der Gedanke der Neutralität die Jahrzehnte der Nachkriegszeit; Anfechtungen konnten immerhin durch die Leistung guter Dienste eingermassen wettgemacht werden. Bedingt durch die europäische Integration wird aber seit einigen Jahren hierzulande die Lebensmöglichkeit des Kleinstaates angezweifelt. Kleinstaaten erscheinen unrationell für jene, die planen, organisieren und föderieren wollen. Doch sollten wir die geschichtlich gewordenen Nationen nicht gering achten, bloss weil ein ins Absolute übersteigter Nationalismus, der die jeweils andern Nationen verachtete, in der Vergangenheit Böses schuf. Gerade die zentralistisch gesteuerte europäische Integration sollte uns den Gedanken des Föderalismus in unserem Kleinstaat wieder vermehrt ins Bewusstsein rufen. Der Föderalismus von Kantonen und Gemeinden nimmt das geschichtlich Gewordene ernst und setzt jene Schranken, welche die Mehrheit sich selber setzen muss, um die Minderheit nicht zu erdrücken.³

² Schmid, Karl: Gedanken über unsern Kleinstaat, in: Gesammelte Werke, hrsg. von Thomas Sprecher und Judith Niederberger, Bd. IV, Zürich 1998, S. 283.

³ Ebenda, S. 283-293.

Herkömmliche Grossmachtpolitik der EU

Wir brauchen hierzulande im Zusammenhang mit der EU weder überhebliche Schulmeisteri noch eine generelle Verteufelung der Brüsseler Institutionen. Gefragt wäre aber eine nüchterne Analyse der gegenwärtigen Vorgänge und die entsprechenden Konsequenzen für unser künftiges politisches Handeln. Grundsätzlich sind angesichts der letztjährigen Krise der EU-Kommission, unglaublicher Korruptionsaffären, der widerrechtlichen Vorgänge nach dem demokratisch herbeigeführten Regierungswechsel in Österreich, der Ausweitung von Mehrheitsentscheiden anstelle der Einstimmigkeit, dem Gedanken vom Europa der zwei Geschwindigkeiten bzw. der Schaffung von Kern- und Randstaaten mit der Zwillingspitze von Deutschland und Frankreich zwei Entwicklungsszenarien denkbar: Sollte es der EU misslingen, die unausweichlichen Reformen ihrer Strukturen zu bewältigen, wird sie immer schwerfälliger und letztlich handlungsunfähig. Sie würde dann an Bedeutung für die Mitgliedstaaten verlieren, und für die Schweiz könnte ein Beitritt kaum noch Vorteile bringen.

Sollte die EU aber in der Lage sein, sich grundsätzlich zu reformieren, würde dies den Prozess der Integration verstärken. Die Verwirklichung des Binnenmarktes bedeutete eine weiter zunehmende Zentralisierung durch die gemeinsame Aussen- und Währungspolitik. Die Mitgliedstaaten verlieren damit ihren souveränen Status, die EU wird zur globalen Grossmacht, vergleichbar mit dem Bundesstaat USA. Sie betreibt herkömmliche Grossmachtpolitik, sie strebt nach einer Weltgeltung Europas, die dem Ideal des europäischen Kleinstaates fremd ist.⁴ Somit sollten gerade wir Schweizer jeden falschen Moralismus, der im Zusammenhang mit der EU so pathetisch und überlaut daherkommt, durchschauen und bekämpfen.

Manch naive Anschauung, manche Enttäuschung und mancher politische Irrtum bliebe uns erspart, wenn wir die Geschichte Europas und dessen Länder etwas besser kennen würden. Teilweise stehen heute noch immer gekrönte Häupter an der Staatsspitze, doch auch in den Republiken verstehen sich Staatspräsidenten und selbst Regierungschefs der EU-Staaten als die Nachfolger früherer Monarchen und absolutistischer Herrscher. Sie residieren in denselben Palästen wie einst die Kaiser und Könige, umgeben sich mit ähnlichen Amtsinsignien und pflegen ein ähnliches Machtbewusstsein. Das politische Mitbestimmungsrecht der Völker beschränkt sich auf die alle paar Jahre stattfindende Wahl des Parlamentes. Wo das äusserlich Beeindruckende, Bedeutende dermassen im Vordergrund steht, hat der uns Schweizern eigene „Hang zum Unbedeutenden“ einen schweren Stand.⁵ Soziologen haben festgestellt, dass alte Werte wie Verdienst und Leistung immer weniger zählen gegenüber dem „Image“ und der Sozialkompetenz. Dieser Trend bedeutet für uns Schweizer eine Doppelbelastung: Helvetische Tugenden wie Fleiss, Bescheidenheit und Gründlichkeit wiegen zunehmend leichter. Und was das Ansehen betrifft, besitzt der Kleinstaat weder Glanz und Gloria noch kulturelle oder historische „Grandeur“. Wir kennen keine Seehelden auf Siegestsäulen, keine Triumphbögen oder Könige auf bronzenen Pferden. Die eher maulfaulen, ungewandten Schweizer sind beim Versuch, sich gegen die EU und ihre Machteliten durchzusetzen, hoffnungslos im Nachteil. Wie sollten unsere biedereren Unterhändler etwa den

⁴ Vgl. dazu Seiler, Hansjörg: Kleinstaaten und Europa, in: Allgemeine Schweizerische Militär-Zeitschrift 7/8 (1998), S. 13-14.

⁵ Mörgeli, Christoph: Unser Hang zum Unbedeutenden, in: „Metropol“, 8.6.2000.

französischen Funktionären gegenüber treten, die in Eliteschulen schon als Teenager getrimmt wurden, ihren Staat nie in Frage zu stellen, jederzeit die eigenen Interessen zu verfolgen und überall die entscheidenden Posten zu besetzen? Wie sollten wir als Angehörige eines föderalistisch aufgebauten, mehrsprachigen Landes unsere Ellbogen einsetzen, mit eisernem Willen und ohne Rücksicht auf Verluste an die Spitze streben wollen, wo wir doch im Sinne des multikulturellen Kleinstaates dazu erzogen werden, beständig Rücksicht zu nehmen und die Meinung der anderen zu respektieren. Genau aus diesen Überlegungen wird auch klar, weshalb wir trotz rührenden bundesrätlichen Bemühungen kaum je zu einem Volk von Spitzensportlern werden – was ich persönlich nicht unbedingt bedaure. Kein Wunder, bieten unsere armen Bundesräte und ihre Diplomaten als Vertreter eines Kleinstaates in Brüssel eine eher schwache Show.

Schrille und anmassende Töne

Wir können einfach feststellen, dass die gegenüber den Kleinstaaten vorgetragene Ideologie des Grossräumigen geschichtlich keineswegs neu ist, in jüngerer Zeit aber zunehmend lauter und schriller vorgetragen wird. Die Diskreditierung des neutralen, kleinstaatlichen Nichtmitglieds durch die EU erscheint einigermassen planmässig. Eigenartigerweise lässt sich auch der Europarat (mit Schweizer Beteiligung!) in solche Tendenzen einbinden, indem er in seinem Bericht über Parteien und Bewegungen eine kritische Haltung zur EU als Zeichen des politischen Extremismus brandmarkte. Wir lesen da wörtlich: „Populismus und Fremdenfeindlichkeit sind die beiden Lieblingsthemen der Extremisten, denen auch ihre Feindseligkeit gegenüber der Bildung eines integrierten Europas gemeinsam ist.“⁶ Hierzulande ist der Druck zur Anpassung kaum geringer: Das Integrationsbüro des Bundes forderte neulich bei der Ausschreibung eines Brüsseler EU-Praktikums für Bundesangestellte von den Bewerbern „volle Loyalität gegenüber den EU-Stellen“.⁷ Offen auftretende EU-Kritiker verstossen im Eidgenössischen Departement für Auswärtiges gegen den „Korpsgeist“ und müssen mit Ausgrenzung, Zurücksetzung und Karriereknick rechnen. Für eine Demokratie als „Staatsform der Alternativen“, in der immer verschiedene Ansichten möglich sein müssen, sind dies erschreckende Anzeichen.

Nach der deutschen Wiedervereinigung schrieb ein angesehener deutscher Publizist in der „Zeit“: „Die Bundesrepublik steht neben Staatssplittern (Monaco, Liechtenstein, Schweiz) mit ihren sozialen Leistungen an der Spitze.“ Es war der gegen Innen gewiss unbequeme Schriftsteller Niklaus Meienberg, der solche Töne von Aussen in aller Schärfe zurückwies, da solche grossstaatlich-überhebliche Fanfarenstösse ihn zwingen würden, „nach langer Pause wieder Patriot zu werden – schweizerischer“.⁸ Auf die Herausforderung des lärmenden Grossstaates ist Carl Spitteler bereits im Dezember 1914 in seiner „Neutralitätsrede“ eingegangen; er sprach von Stimmen und Schriften, die sich vom Ausland an uns richten, „meist überlaut geschrieben, öfters im Kommandoton, mitunter geradezu furibund“. Dergleichen verfehle das Ziel, denn es wirke wenig einladend, wenn wir den Eindruck erhielten, man wolle uns am liebsten

⁶ Conseil d'Europe, Assemblée parlementaire: Menace des parties et mouvements extrémistes pour la démocratie en Europe, 3.1.2000, II B.

⁷ Studienführer „Europaweiterbildung“ des Integrationsbüros 1/2000, S. 123.

⁸ Fehr, Marianne: Meienberg. Lebensgeschichte des Schweizer Journalisten und Schriftstellers, Zürich 1999, S. 411.

auffressen. „Haben denn“ – so fragte damals der nachmalige Schweizer Literaturnobelpreisträger – „die Herren die Fühlhörner verloren, dass sie nicht mehr spüren, wie man zu andern Völkern spricht und nicht spricht?“⁹ Spitteler erklärte seinen Landsleuten damals auch, dass die europäischen Grossmächte nicht zufällig ein Raubtier im Wappen führten, sei es ein Adler, sei es ein Löwe. Er erinnerte an die Tatsache, dass der Grossstaat die Macht hat, sich sein angebliches Recht mit Gewalt zu verschaffen, während der machtlose Kleinstaat sich immer nur auf das Recht berufen kann. Deshalb muss gerade der Kleinstaat beharrlich und konsequent auf das Völkerrecht pochen, das ihm auf internationaler Ebene eine gewisse Sicherheit vor der Macht des Stärkeren bietet. Das Völkerrecht wendet sich an souveräne Rechtsgemeinschaften und muss durch das Zusammenwirken zwischen souveränen Gross- und Kleinstaaten geschaffen, ausgelegt und ausgeführt werden. Das für alle Länder gleichermassen verbindliche Völkerrecht wird durch das Prinzip der Gegenseitigkeit gesichert. Hüten wir uns vor der verhängnisvollen Verwechslung oder Gleichsetzung zwischen dem Völkerrecht und dem Recht gemäss UNO-Charta! Letzteres schafft für die Grossstaaten USA, Russland, Grossbritannien, Frankreich und China Sonderrecht und setzt damit – im Gegensatz zum klassischen Völkerrecht – „Macht vor Recht“. Ein UNO-Beitritt der Schweiz bedeutete nichts anderes als den Unterwerfungsakt unseres Kleinstaates unter Grossmachtprivilegien.

Leiden am Kleinstaat

Viele Kulturschaffende leiden ebenso wie zahlreiche führende Persönlichkeiten in Politik und Gesellschaft an der Schicksallosigkeit unseres kleinen Landes. Der Kleinstaat sorgt immer wieder schmerzlich für die Begrenzung ihrer grossangelegten Pläne und Ideen. Sie sehnen sich nach einer „Sendung“, einer Vision, einer angeblich befreienden Tat – auch dieses „Unbehagen im Kleinstaat“ ist keineswegs neu.¹⁰ Die Kritiker beurteilen diesen Kleinstaat nicht als unser Schicksal, sondern als unsere Schuld. Der Kleinstaat – so sagen sie – sei der Ort, wo man auch klein denkt. Unsere Neutralität sei nichts anderes als die feige Haltung von ängstlichen, egozentrischen Rentnern. Wir erleben in Bern Politiker, die in fast religiöser Hingabe auf die „Erlösung durch die Integration“ hoffen, auf die Erlösung aus der Vereinzelung, vom Komplizierten, Langwierigen, auch Mühsamen der direkten Demokratie, indem wir in einem grossen Ganzen Unterschlupf finden, indem wir das geschichtlich Gewordene durch das Organisierte ersetzen. Sie erwarten die Lösung unserer Probleme durch die ändern. Manche glauben, mit der politischen und wirtschaftlichen Integration breche zugleich eine Zeit des allgemeinen Fortschritts, der höheren Sittlichkeit, ja des ewigen Friedens und Glücks an. Ein Teil unserer Jugend bejaht die Integration aufs entschiedenste und überhaupt fast alles, was aus der europäischen Kleinstaaterei herausführt und zu etwas werden soll, das sich mit dem Umfang der USA vergleichen liesse. In einer klein gewordenen Welt – so meinen sie – seien Kleinstaaten noch kleiner geworden. Ältere Politiker nutzen diese Gefühlslage aus und surfen auf dem angeblich jugendlich-optimistischen Zeitgeist. Mit

⁹ Spitteler, Carl: Unser Schweizer Standpunkt, Vortrag, gehalten in der Neuen Helvetischen Gesellschaft, Gruppe Zürich, am 14. Dezember 1914, Zürich 1915, S. 13f.

¹⁰ Vgl. Schmid, Karl: Unbehagen im Kleinstaat, Zürich 1963. Neudruck in: Gesammelte Werke, hrsg. von Thomas Sprecher und Judith Niederberger, Bd. IV, Zürich 1998, S. 109-277.

wahrem Konvertiteneifer fallen sie über jeden her, der die Sache zuerst nüchtern prüfen will – siehe etwa die aktuelle Volksinitiative „Ja zu Europa“.¹¹

Vergessen wir aber nicht: Der weltweite Trend ist ein anderer. Das Grundbedürfnis nach nationalen Zusammenschlüssen scheint lebendiger denn je. Niemals zuvor in der Geschichte sind so viele neue Staaten – gerade auch Kleinstaaten – gegründet worden wie in den letzten zwanzig Jahren. Nach wie vor bildet die Nation für die Menschen das wichtigste Bindeglied zwischen Heimat und Welt. Die Nation darf aber nicht zum Chauvinismus übersteigert werden, da dieser die Heimat ebenso wie die Welt verdrängt. Die Gefahr liegt ja nicht im Integrationsgedanken an sich und nicht im Wunsch nach europäischer Zusammenarbeit, sondern darin, dass unser sonst so nüchternes Denken ermüdet und einschläfert im Gefühl, dass wir keine schlechteren Europäer sein wollen als die andern und nicht aus der Reihe tanzen mögen. Die Gefahr liegt gegenwärtig darin, dass die Integration zu einer Ideologie, zu einem Mythos wird, während wir für unsere Entscheide einen klaren Kopf behalten sollten. Der vor über hundert Jahren verstorbene grosse Kulturhistoriker Jacob Burckhardt hat 1866 – damals begann der Zusammenschluss unserer Nachbarn zu mächtigen Nationen – geschrieben: „Wer nicht zu einem Dreissigmillionenreich gehört, der schreit: ‚Hilf, Herr, wir versinken!‘ – Der Philister will mit Teufels Gewalt aus einem grossen Kessel essen, sonst schmeckt es ihm nicht mehr!“¹²

Ohne schwere Eingriffe an den politischen Grundsäulen unseres Staates, an Föderalismus, Neutralität, Souveränität und direkter Demokratie ginge die Integration in die EU nicht ab. Wer sie einfach mit der Integration der einst souveränen Kantone im Bundesstaat von 1848 gleichsetzt, greift zu kurz. Unser Land hat sich auch nach 1848 politisch weiterentwickelt und in den sechziger und siebziger Jahren des 19. Jahrhunderts in Kantonen und Bund die vorher nicht gekannte direkte Demokratie eingeführt. Diese weit ausgebauten Volksrechte wären ganz ohne Zweifel in Gefahr, sagte doch der EU-Delegierte bei der WTO in Genf Anfang Oktober 2000 wörtlich: „Ein Beitritt zur Europäischen Union bedeutet hundertprozentige Befolgung der Brüsseler Entscheide, und man kann diese nicht von einer Volksabstimmung abhängig machen.“¹³

Allüren der Regierenden

Wie aber reagiert unsere Regierung, wie reagieren unsere Diplomaten, Funktionäre und Politiker auf die grossstaatlichen Herausforderungen? Auch sie leiden an ihrer relativen Bedeutungslosigkeit und reden vom Einbringen unserer aller Interesse beim sogenannten „Bau des EU-Hauses“ oder vom „Mitreden da, wo entschieden wird“. Von selbstbewusstem Einstehen für die kleinstaatliche Besonderheit ist keine Rede, vielmehr will man den Grossen möglichst nacheifern und auch zu Grösse gelangen. Dabei erleben wir als mehr oder weniger amüsierte Zuschauer, wie sich unsere politischen Vertreter in einen höchst eigenartigen Widerspruch verwickeln: Sie beklagen einerseits, niemand auf der ganzen Welt nehme unsere Schweiz noch zur Kenntnis, um gleich danach zu jammern, die ganze Welt zeige mit dem Finger auf uns, wie wenn sie nichts

¹¹ Schmid, Karl: Erlösung durch die Integration?, in: Gesammelte Werke, hrsg. von Thomas Sprecher und Judith Niederberger, Bd. IV, Zürich 1998, S. 45-58.

¹² Brief von Jacob Burckhardt an Salomon Vögelin vom 26.4.1866, in: Barth, Hans: Briefe Jacob Burckhardts an Salomon Vögelin, in: Basler Jahrbuch (1914), S. 60.

¹³ Carlo Trojan in der „International Herald Tribune“, 5.10.2000.

anderes zu tun hätte, als unser kleines Land ununterbrochen zu beobachten. Welch unwürdige Selbsterniedrigung und gleichzeitig welch masslose Selbstüberschätzung!

Der Schweizer Bundespräsident des Jahres 2000 sah sein Amt nicht mehr als „Primus inter pares“, als auf ein Jahr beschränkter Vorsitzender eines Gleichen unter Gleichen, sondern als das eines Staatspräsidenten nach ausländischem Vorbild. Er wollte, dass der Bundespräsident länger im Amt bleibe und behauptete: „Das Ausland identifiziert uns mit einem Kopf, einer Persönlichkeit. Heute kennt man mich, ich kann überall anrufen. Aber mein Nachfolger wird zuerst alle die Beziehungen knüpfen müssen.“¹⁴

Etwas naiv könnte man hier einwenden, wenn es auf die Bekanntheit von Köpfen ankäme, würden wir am besten gleich eine erbliche Königsfamilie einsetzen.

Wenn die Schweiz nicht dauernd mit Swasiland oder Schweden verwechselt werden wolle, so Bundespräsident Ogi weiter, müsse er reisen. Dies tut unsere Regierung auch oft und gern: Anfang Oktober 2000 weilten vier unserer angeblich chronisch überlasteten Bundesräte während einer sitzungsfreien Woche gleichzeitig im Ausland.¹⁵

Er müsse – so Ogi weiter – der Welt erklären, wie die Schweiz regiert werde, wie unser Modell seit 1848 funktioniere, eines der besten übrigens in Europa; man müsse über unsere „Erfolgsstory“ sprechen. Was in aller Welt, so fragen wir uns, bleibt denn noch von dieser aussergewöhnlichen Erfolgsstory zu berichten, wenn wir jetzt genau dasselbe tun wie die übrigen Staaten?

Ein ungutes Gefühl beschlich mich auch, als der Bundespräsident am 5. Oktober 2000 nach Madrid jettete, um mit Vertretern anderer einst habsburgischer Herrschaftsgebiete bei der Eröffnung einer Ausstellung über den römisch-deutschen Kaiser Karl V. anwesend zu sein und um sich anzuhören, wie König Juan Carlos diesen Monarchen als Vorkämpfer der Europäischen Einigung feierte. Die missbräuchliche Instrumentalisierung der Geschichte durch die EU und das unkritische Mitläufertum unserer Repräsentanten wäre anhand mancher historischer Projekte über Römer, Alemannen, Franken usw. problemlos aufzuzeigen.

Von unschweizerischen, geradezu monarchischen Allüren zeugen die beschwörenden Worte und moralischen Gesten, mit denen uns einzelne Bundesräte regelmässig eindecken. Dabei hätten die Schweizer Bürger in erster Linie das Recht, von den Regierenden in Ruhe gelassen zu werden, um sich ungestört ihrer Arbeit, ihrer Familie, ihrer Freizeit widmen zu können. Es geht nicht an, dass Frau Bundesrätin Dreifuss entscheidet, nach einem Besuch in einem Flüchtlingslager im Balkan eine Schar zufällig ausgewählter Personen in die Schweiz zu fliegen – egal, ob es sich um eine spontane Reaktion oder um eine sorgfältig geplante PR-Aktion handelte. Die Rechtsgleichheit ist die wichtigste und im Grunde die einzige Gleichheit, die der freiheitlich-demokratische Rechtsstaat kennt. Unsere Regierungsvertreter bleiben Staatsbürger mit nicht weniger und nicht mehr Rechten als alle andern. Es ist problematisch, wenn der Bundespräsident das Jahres 2000 über 100 Ferienkinder aus dem Ausland einlädt und durch ein Bataillon der Schweizer Armee betreuen lässt. Wir gewöhnlichen Bürger hätten vielleicht auch das Bedürfnis zu einer Humanitätsgeste, sei es aus echtem inneren Bedürfnis oder sei es bloss, um unser Gewissen zu entlasten oder um vor der Mitwelt als gute Menschen dazustehen. Uns Gewöhnlichen aber stünden die rechtlichen Möglichkeiten einer solchen Geste nicht zu. Wir würden unverzüglich des Schlepperwesens und des Verstosses gegen Einreisegesetze angeklagt!

¹⁴ „Coopzeitung“ Nr. 43, 25. 10. 2000, S. 14.

¹⁵ „Le Temps“, 9.10.2000.

Auch die Wortwahl unseres Bundesrates stimmt mitunter jene bedenklich, die Worte ernst nehmen und ein Gefühl dafür besitzen. Bundespräsident Ogi liess sich ins von der Überschwemmungskatastrophe schwer heimgesuchten Walliser Dorf Gondo einfliegen und erklärte den Bewohnern, er bringe ihnen Halt, der ihnen doch unter den Füßen durch Geröll- und Wassermassen weggerissen worden sei. Nichts gegen diesen Besuch des Bundespräsidenten: Er soll und muss den Bewohnern Hilfe in Aussicht stellen, er kann sie der Solidarität des Bundesrates versichern und menschliche Hilfe, Geldmittel usw. ankündigen. Den inneren Halt indessen kann ein Regierungsvertreter den Bewohnern von Gondo nicht bringen, dafür ist ein anderer zuständig. Den vom Unwetter betroffenen Walliser braucht dies übrigens nicht erst erklärt zu werden. Solche – wir wollen immerhin annehmen, nicht bis in alle Konsequenzen bedachte – Ausdrücke zeugen von einer eigenartigen Selbstüberhöhung der Regierung, gegenüber der wir skeptisch bleiben und die wir nicht hinnehmen dürfen.

Besinnung auf das Anderssein

Das seit einer Reihe von Jahren vielbeklagte Malaise unseres Kleinstaates kommt wohl hauptsächlich daher, dass wir uns in zwanghafter Weise mit den grossen Nationen und deren noch grösseren Zusammenschlüssen messen. Beständig werden wir von den Politikern, aber auch von Wirtschaftsführern aufgefordert zum gleichgeschalteten Wettlauf mit den grossen Mächten. Ein solcher Wettlauf muss immer zu unseren Ungunsten ausgehen. Viel Ungeduld auf der einen, viel Widerborstigkeit auf der andern Seite bliebe uns erspart, wenn sich die Schweiz endlich da als anders empfinden würde, wo sie wirklich anders ist. Unser Land ist weltweit einzigartig, was die direkte Demokratie, den föderalistischen Staatsaufbau, die Gemeindeautonomie und die dauernd bewaffnete Neutralität betrifft. Wer das Gegenteil behauptet, will diese Staatsmaximen nicht mehr, sondern möchte im Grossen Ganzen aufgehen und durch die Integration erlöst werden. Als sogenannter „Neinsager“ bleibe ich von solcher Begeisterung unberührt, denn die Argumente der Jasager sind mir zu dürftig. Ich sehe nicht ein, weshalb der schweizerische Egoismus verurteilt wird, als ob der europäische Egoismus höherwertig wäre. Ich weiss beim besten Willen nicht, was am schottischen oder griechischen Nationalismus schlimmer sein sollte als am Euronationalismus. Mir ist nicht klar, weshalb anstelle des weltweiten Freihandels die einstige, auf den Binnenmarkt ausgerichtete „Nationalökonomie“ jetzt einfach auf europäischer Ebene fortgesetzt werden soll, um weiterhin ein gemütliches Clubdenken zu pflegen, damit man sich dem unausweichlichen weltweiten Wettbewerb nicht stellen muss. Ich kann nicht begreifen, weshalb die Integration als mutige Tat der Schweiz gepriesen wird, als ob es den geringsten Mut erforderte, um als zwanzigster oder dreissigster Staat auch noch der Europäischen Union beizutreten. In Wirklichkeit zeugt es doch von Mut, der EU gerade *nicht* beizutreten. Ich glaube nicht der Behauptung, nur übernationale Gebilde könnten den Frieden zwischen den europäischen Nationen sichern. Denn ich weiss, dass in der Realität die Kriege der Gegenwart nicht zwischen Staaten entstehen, sondern zwischen Bevölkerungsgruppen mit verschiedenen Ideologien, Ethnien, Interessen oder Religionen. Ob die Grenzen zwischen diesen Bevölkerungsgruppen mit Staatsgrenzen parallel laufen, ist dafür völlig unerheblich. Das frühere Jugoslawien ist unter Vergiessen von Blut und Tränen zusammengestürzt, obwohl es das war, was die EU ist oder noch werden will: Ein Staat mit gemeinsamer Wirtschaft, Politik und Währung. Umgekehrt leben die allermeisten Länder dieser Welt mit ihren Nachbarn ohne jede wirtschaftliche

oder politische Integration in Frieden und befruchtendem Wettbewerb.¹⁶ Schliesslich empfinde ich das Argument der „Modellhaftigkeit“ unseres Kleinstaates Schweiz für Europa wegen des friedlichen Zusammenlebens verschiedener Sprachgruppen als leicht peinlich und etwas pharisäerhaft. Denn es kann einer Nation wohl nichts Verderblicheres geschehen, als wenn sie ihr Selbstbewusstsein in einer angeblichen Modell- und Beispielhaftigkeit sucht. Unsere staatlichen Einrichtungen sind keine Exportprodukte oder gar Exportschlager. Sie taugen möglicherweise für andere so wenig, wie die Einrichtungen der andern für uns taugen¹⁷. Als ich einmal einem Amerikaner mit begeistertem Feuereifer von unseren vier Landessprachen vorschwärmte, reagierte er überaus kühl und verständnislos. Er empfand diese Sprachenvielfalt als furchtbar unpraktisch ...

Weitgereiste Schweizer

Ein Faktum bleibt immerhin erstaunlich: Obwohl zahlreiche Zeitgenossen und Medien den Schweizer Mitbürgern pausenlos einbläuen, sie seien Angehörige eines isolationistischen, egoistischen, weltabgewandten und hinterwäldlerischen Kleinstaates, sind die meisten gegen solches Trommelfeuer immun geblieben. Der Grund dürfte zum einen darin liegen, dass es niemand schätzt, beständig als Angehöriger eines angeblich so miserablen Landes beschimpft zu werden. Dies erzeugt im Gegenteil eine gesunde Gegenreaktion und zunehmenden Widerwillen. Zum andern dürfte die Taktik der Vermiesung unseres Kleinstaates nicht aufgehen, weil die Schweizerinnen und Schweizer in Wirklichkeit alles andere als Stubenhocker sind. Es gibt wohl kaum ein Land, dessen Angehörige so viel und so weit reisen, so viel von allen Kontinenten dieser Welt gesehen, erlebt und erfahren haben. Die Schweizer wissen aus eigener Anschauung, wie die Realitäten draussen aussehen; sie kennen die Vor- und Nachteile der übrigen Länder weit besser, als manchen inländischen Meinungsmachern lieb sein dürfte. Vor allem wissen sie, dass sich in den Grossstaaten oder im EU-Raum die Lebensqualität im Vergleich zu unserer Schweiz denn doch nicht so paradiesisch und ideal ausnimmt, wie ihnen ständig vor Augen geführt wird. Speziell unter den EU-Gegnern sind viele, die das Ausland ausgezeichnet kennen; zu den entschiedensten Skeptikern gehören oft jene Schweizer, die längere Zeit im Ausland gelebt haben oder noch leben. Jacob Burckhardt hat 1887 seinem Schüler und späteren Nachfolger Heinrich Wölfflin geschrieben, eine Reise durch europäische Länder habe neben dem positiven durchaus auch einen negativen Nutzen. Diese Staaten erschienen nach einem Besuch nicht mehr gespenstisch fabelhaft, man lasse sich nicht mehr jeden Augenblick an ihrem angeblichen Beispiel irre machen. „Auch beim flüchtigsten Besuch wird man wenigstens vorläufig inne, was gewisse Länder, Völker, Kulturen *nicht* sind; man kann dann, nachdem man Pfähle bei denselben eingeschlagen hat, ruhig weiter mit ihnen reden.“ Reisen und die damit verbundene Erweiterung des Wissens hilft demnach, Gespenster und Fabelwesen zu bekämpfen, die uns die Freiheit des klaren Denkens und abwägenden Sprechens rauben. Die Weiterbildung durch Reisen befreit von Illusionen und Projektionen. In seinen „Weltgeschichtlichen Betrachtungen“ hat

¹⁶ Seiler, Hansjörg: Kleinstaaten und Europa, in: Allgemeine Schweizerische Militär-Zeitschrift 7/8 (1998), S. 13-14.

¹⁷ Mörgeli, Christoph: Gedanken zum schweizerischen Nein, AUNS Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz, 2. Auflage, Bern 1999, S. 6f.

Burckhardt Ähnliches über angebliche „historische Grösse“ und „Glück und Unglück“ in der Weltgeschichte geschrieben. Falsche Vorstellungen über Grösse und Glück in der Geschichte sollten die Menschen jederzeit in sich hinterfragen. Nur wer erkennt, dass die meiste Grösse und das meiste Glück eben Scheingrösse und Scheinglück ist, wird nach Burckhardts Worten „klug für ein andermal und weise für immer werden“.¹⁸

Die Wirtschaft im Kleinstaat

Manche behaupten, unser Kleinstaat sei zum wirtschaftlichen Nieder- oder gar Untergang verdammt. Dabei ist gerade auch in der Wirtschaft der Grossbetrieb keineswegs die unter allen Umständen überlegene Betriebsform, so wenig wie der Wolkenkratzer eine unter allen Umständen überlegene Bauweise. Riesige Massenbetriebe, gestaltlose Menschenanhäufungen in Industrie- und Dienstleistungszentren, die anonyme Bürokratie von Grossunternehmungen sind den dezentralen Wirtschaftsformen nicht in jedem Fall überlegen. Täglich hören wir, wie nach jahrelangen wirtschaftlichen Zentralisierungsprozessen viele wenig oder gar nicht rentable Bereiche wieder ausgelagert und zu selbständigen Einheiten gemacht werden. Ich befürchte allerdings, dass unser Staat in letzter Zeit durch seine Gesetze, sein Steuersystem und seine Sozialpolitik das Gewicht beständig zugunsten der betrieblichen Konzentration verschoben hat und gleichzeitig den Klein- und Mittelbetrieben wie auch allen andern, die auf eigenen Füßen stehen wollen, das Leben zunehmend sauer macht.

Auch wenn Politiker die Tatsachen schönfärben: Zumindest die Wirtschaft – und das sind wir Konsumenten – belohnt das politisch Sinnvolle genau so zuverlässig, wie sie das politisch Falsche unbarmherzig bestraft. Der Euro – bei der Einführung von den Herrschenden, nicht aber den Völkern mit lautem Jubel begrüsst – erlebt seit Monaten einen so dramatischen Wertezwergang, dass mir ein alter deutscher Professor unlängst klagte, er erlebe gegenwärtig seine dritte Inflation!

Der Mythos vom grösseren Glück im grösseren Zusammenhang, in grösseren Wirtschaftsräumen ist trügerisch. Der „Kult des Kolossalen“ ist ein Götzendienst.¹⁹ Schon Jacob Burckhardt beklagte, dass die Menschen allmählich in grossen gesellschaftlichen Schichten der Nationalität entsagt hätten und eigentlich jede Verschiedenheit hassten. „Sie opfern“ – so schrieb er 1870 – „wenn es sein muss, alle ihre speziellen Literaturen und Kulturen gegen ‚durchgehende Nachtzüge‘ auf.“²⁰

Grossstaaten neigen erfahrungsgemäss zu einem Zentrifugaleffekt: Alles dreht sich um ihre Zentren, während die Zentrifugalkräfte in den vernachlässigten Randgebieten für zunehmende Loslösungserscheinungen sorgen. Seit einigen Jahrzehnten hat der europäische Regionalismus als Gegenbewegung gerade in zentralistischen Grosstaaten immer mehr Anhänger gewonnen. Die Bewohner solcher oft vernachlässigter, aber dennoch selbstbewusster Regionen pflegen mit viel Liebe und Begeisterung ihre besondere Eigenart, wollen diese unter allen Umständen wahren und ihre Region politisch, kulturell und wirtschaftlich fördern – oftmals nicht zuletzt mit der Forderung

¹⁸ Zitiert nach Schmid, Karl: Zu einem Satze Jacob Burckhardts, in: Gesammelte Werke, hrsg. von Thomas Sprecher und Judith Niederberger, Bd. IV, Zürich 1998, S. 35f.

¹⁹ Röpke, Wilhelm: Unorthodoxe Gedanken über die EWG, in: „NZZ“, 7.4.1962.

²⁰ Burckhardt, Jacob: Betrachtungen über die Schweiz und Europa, aus Briefen und Schriften ausgewählt von Hans A. Wyss, Basel / Olten 1941, S. 11f.

nach direktdemokratischen Mitbestimmungsrechten. Solche neuesten Tendenzen der Regionalisierung bedeuten für uns zweifellos einen Fingerzeig, unserem Kleinstaat Sorge zu tragen, der ja obendrein noch durch Kantone, Bezirke und Gemeinden weiter dezentralisiert wird. Erinnern wir uns auch hier an Jacob Burckhardts wichtiges Wort: „Der Kleinstaat ist vorhanden, damit ein Fleck auf der Welt sei, wo die grösstmögliche Quote der Staatsangehörigen Bürger im vollen Sinne sind.“²¹

Kleinstaat und freie Gesellschaft

Ich glaube, ein neutraler Kleinstaat ist ganz besonders geeignet, dem Ideal einer Gesellschaft freier Menschen nahezukommen. Der Liberalismus ist ja nichts anderes als die beständige Verteidigung der Freiheit des Einzelmenschen, der Achtung vor dem einzigartigen, unverwechselbaren Individuum. Hier trifft sich der Liberalismus vollständig mit der Lehre des Christentums und darüber hinaus mit jedem echten Humanismus. Gleichzeitig bedeutet der Liberalismus den unablässigen Kampf gegen die Allmacht des Staates. Freiheit der Bürger gibt es nur dann, wenn sich der Staat in seiner Tätigkeit und in seinem Machtanspruch beschränkt.

Neben der Gewaltenteilung, dem Föderalismus und der direkten Demokratie bildet dazu die durch unser kleinstaatliches Wesen bedingte aussenpolitische Neutralität eine besonders gute Voraussetzung. Genau so zurückhaltend, wie sich unser Staat ins Leben der Bürger einmischt, soll er sich aussenpolitisch ins Leben anderer Menschen einmischen. Das Ende der kleinstaatlichen Neutralität bedeutet eine Aufblähung des Staatsapparates, denn Aussenpolitik im Sinne der multinationalen Gremien ist ja nicht Sache der einzelnen Bürger, sondern Vorrecht einer bestimmten Schicht von Politikern, Diplomaten und Funktionären.

Jenes Mass an Selbstverantwortung, das wir uns als freie Menschen selber zutrauen, sollten wir auch den Menschen anderer Nationen zutrauen. Kein Mensch und kein Staat kann ehrlicherweise für alles und jedes zuständig sein. Wir wollen unseren Mitmenschen auf diesem Globus nicht die Verantwortung für ihr Geschick abnehmen, wir wollen sie nicht ständig bemuttern, betreuen und beschützen. Das Ende der Neutralität verpflichtete uns zu Sanktionen und Boykottmassnahmen bis hin zu blutigen Strafaktionen, kurz, zu einem aussenpolitischen Imperialismus, der unserem Schweizer Kleinstaat fremd ist. Der gegenwärtige Abschied von der Widerstandsarmee einer Bürgermiliz und deren Einbindung in internationale Militärbündnisse bedeutet nichts anderes als die Unterwerfung eines Kleinstaates unter grossstaatliches Kommando.

Unser neutraler Kleinstaat, der sich frei hält von Einbindungen in zentralistische Grossgebilde, ist der beste Schutz vor der Massengesellschaft und die beste Garantie für die Freiheit des Einzelnen. Zu viele sagen heute, unsere Sicherheit lasse sich nur durch Abtretung von Freiheitsrechten gewährleisten. Es gibt aber auch die Sicherheit eines Gefängnisses. Wenn wir Schweizer zwischen Freiheit und Sicherheit wählen können, werden wir – so hoffe ich – wie seit jeher auch künftig die Freiheit wählen!

Gefahren für unseren Kleinstaat

²¹ Burckhardt, Jacob: Weltgeschichtliche Betrachtungen, hrsg. von Jakob Oeri, 4. Aufl., Stuttgart 1921, S. 32.

Die grösste Gefahr droht unserem Kleinstaat mit seinen umfassenden Mitgestaltungsmöglichkeiten für die Bürger, wenn diese die Besorgung des Staates, das „Politische“, aus der Hand geben und den Regierenden, Diplomaten, Funktionären oder Parlamentariern allein anvertrauen. Unsere Vorfahren haben schwere Kämpfe ausgefochten und mitunter das Leben aufs Spiel gesetzt, um politische Mitwirkungsrechte zu erlangen. Sie wollten nicht frei sein von Sorgen und Verantwortung des politischen Mitwirkens; sie würden sich wundern, wenn wir Nachgeborenen heute wieder eine Refeudalisierung zuliessen, indem erneut Wenige über Viele herrschen sollen. Wir können unseren direktdemokratischen, eigenständigen Kleinstaat nur bewahren, wenn wir aufmerksam und eifersüchtig über unsere mühsam erworbenen Bürgerrechte wachen und die Macht von Regierenden und von gewählten Volksvertretern so stark wie irgend möglich beschränken. Wir sollten jeder Machthäufung misstrauen, weil wir wissen, dass jede Macht, die nicht durch Gegengewichte in Schranken gehalten wird, früher oder später missbraucht wird. Noch ist unser politisches System nicht darauf ausgerichtet, Macht, Einfluss und Posten zu vergeben, sondern zielt darauf, die Macht durch Dezentralisation, Gewaltentrennung, Mitsprache des Volkes, Gemeindefreiheit und staatsfreie Sphären unschädlich zu machen. Der Weg zur Einbindung und zum Verlust an Volksrechten geht oft verschlungene, nicht auf den ersten Blick erkennbare Wege. Jacob Burckhardt hat sich schon 1873 über die „allerlächerlichsten Armee reformprojekte“ geärgert und einem Freund geschrieben: „Wenn man uns ja haben will, wickelt man uns rasch in eine Sympathiefrage oder Allianz hinein und dann ade Unabhängigkeit.“²²

Wir müssen weiterhin darauf achten, dass unsere politischen Vertreter im Ausland unsere Staatssäulen von direkter Demokratie, Föderalismus und Neutralität erklären, statt sich dafür zu entschuldigen. Der eigenwillige Zürcher Bauer, Redaktor und Nationalrat Fritz Bopp hat 1919 angesichts des bundesrätlichen Kongresstourismus geschrieben, dass „der Schweiz nie dann die grösste Gefahr drohte, wenn fremde Kanonenschlünde vor ihren Grenzen starteten – wohl aber, wenn die Grossen draussen unsere Vertreter in ein Übermass von Liebenswürdigkeit verstrickten: Dann wie nie muss der Mahnruf gelten: ‚Betet, freie Schweizer, betet!‘“²³

Es ist zuzugeben: Die Schweiz ist als Kleinstaat durch die technische Entwicklung, die alle Räume hat einschrumpfen lassen, noch kleiner geworden, als sie es ohnehin war. Manche Zusammen- und Mitarbeit im internationalen Rahmen, im wirtschaftlichen, kulturellen und wissenschaftlichen Bereich steht mit der Neutralität nicht im Widerspruch; auch die allfällige Vereinheitlichung technischer Installationen, etwa der elektrischen Steckdosen, könnte unsere Souveränität nicht gefährden. All dies hat die Neutralität nicht zum Gegner, nur der Mythos einer Autarkie – einer vom Ausland völlig unabhängigen Selbstversorgung –, die wir uns tatsächlich nicht mehr leisten können. Angesichts unserer Kleinheit und Weltverflochtenheit wollen wir offen und frei bleiben für Aufgaben, die mit vereinten Kräften mit andern gelöst werden müssen. Unseren neutralen Kleinstaat wollen wir auffassen als *unsere* Möglichkeit, die Freiheit der Bürger zu wahren und gleichzeitig das menschlich Rechte nach eigenem Entschluss zu tun.

²² Burckhardt, Jacob: Betrachtungen über die Schweiz und Europa, aus Briefen und Schriften ausgewählt von Hans A. Wyss, Basel / Olten 1941, S. 47.

²³ Blocher, Christoph: Die Schweiz und der Eisenstat-Bericht, Zürich 1997, S. 21.

Dies ist keine einengende Fessel, sondern erlaubt uns das Mittun in ganz besonderem Masse.²⁴

Der heute so überlaut vorgetragenen Ideologie des Grossräumigen dürfen wir die ruhige Überzeugung entgegenstellen, dass es in der Geschichte letztlich auf Tatsachen, nicht auf Ideologien ankommt. Zweimal hat im 20. Jahrhundert die bedrohliche Macht des Grossen an die schweizerischen Grenzen geklopft, jedesmal ist der Kleinstaat geweckt worden. Er ist dabei nicht zerdrückt worden, sondern im Gegenteil neu aufgeleuchtet. Noch vermögen wir die Richtung, die unser Land einschlagen wird, nicht exakt zu überblicken. Viel wäre gewonnen, wenn wir zu erkennen vermöchten, dass uns die kleinstaatliche Organisation politisch wie wirtschaftlich neben einigen Nachteilen unvergleichlich grössere Vorteile gewährt. Europa ist längst nicht mehr der alleinige Lebensraum unserer Volkswirtschaft. Auch wenn unsere Verwurzelung im europäischen Geisteserbe unbezweifelt ist, sind wir beileibe nicht nur der Staatengruppe des westeuropäischen Kontinents verbunden. Mit unserer Weltoffenheit, mit unserer leistungsfähigen Wirtschaft und Wissenschaft suchen wir längst den Austausch mit allen Ländern dieser Welt. Vielleicht entschliessen wir uns doch, dass wir nichts anderes wollen als diesen kleinen Staat, von dem Karl Schmid gesagt hat: „Ein festes Haus, mit offenen Türen gegen die Nachbarn, mit weiten Fenstern gegen die Welt hin. Dann kann der Kleinstaat bestehen, wenn er das ist: fest und offen!“²⁵

Was aber die uns nicht immer nur freundlich gesinnten grösseren Nachbarn betrifft, so mögen sie sich und wir uns gelegentlich an ein Wort von Samuel Freiherr von Pufendorf erinnern. Dieser bedeutende Publizist hat im ausgehenden 17. Jahrhundert im Buch „Die Verfassung des deutschen Reiches“ geschrieben: „Kein Nachbar ist angenehmer als die Schweiz, für die es ein Grundsatz ist, ihr Eigentum zu schützen, nichts Fremdes zu erstreben und lieber zu nützen als zu schaden.“²⁶

²⁴ Schmid, Karl: Neujahrsgedanken über den neutralen Kleinstaat, in: Gesammelte Werke, hrsg. von Thomas Sprecher und Judith Niederberger, Bd. III, Zürich 1998, S. 242f.

²⁵ Schmid, Karl: Gedanken über unseren Kleinstaat, in: Gesammelte Werke, hrsg. von Thomas Sprecher und Judith Niederberger, Bd. IV, Zürich 1998, S. 293.

²⁶ Zitiert nach NZZ, 21.10.2000, S. 86.